



Revolutionäre Disziplin - Garantie für erfolgreiches Vorwärtsschreiten

Zu den Aufgaben der Leitung einer APO bei der Erziehung der Genossen zu einer hohen Partei-, Staats- und Arbeits- bzw. Studiendisziplin an einer Universität

Von Dr. Günter Bialowons, Parteigruppenorganisator an der SED-GO der Sektion Journalistik der KMU



Vor über 70 Jahren formulierten Lenin die Normen der Parteimitgliedschaft. In der Polemik mit dem Opportunisten Martow zum Punkt 1 des Statutes der SDAPR auf dem II. Parteitag 1903 forderte der Begründer der Partei neuen Typs: „Unsere Aufgabe ist es, die Festigkeit, die Standhaftigkeit, die Reinheit unserer Partei zu wahren. Wir müssen danach streben, den Namen und das Ansehen eines Parteimitglieds höher, immer höher zu heben...“

An der Aktualität dieser Anforderung hat sich nichts geändert. Je umfassender der sozialistische Aufbau, je komplizierter die Aufgaben, desto größer die Rolle und Verantwortung der Partei.

Maßstab sind die Leninschen Normen

Auf der 13. Tagung des Zentralkomitees hob Genosse Erich Honecker hervor, daß wir von dem marxistisch-leninistischen Grundsatz ausgehen: Jeder Genosse und jedes Parteikollektiv ist an der Mitgestaltung und Mitverantwortung der Politik der Partei beteiligt.

Die Forderung also, die Qualität der Parteiarbeit zu erhöhen, kann nur bedeuten, die Qualität ihrer politischen Kämpfe zu erhöhen. Maßstab dabei sind die Leninschen Normen der Parteimitgliedschaft, deren strikte Einhaltung die unabdingbare Voraussetzung für das qualitative Wachstum der Partei ist. Von dieser Grundlage leitet sich auch die ideologische Arbeit an der Sektion Journalistik ab, deren politisch außerordentlich verantwortungsvoller Auftrag darin besteht, Parteijournalisten auszubilden.

Nur fordern, was man selbst vorlebt

Die Forderung nach einer bewußten Studiendisziplin ist kein Spezifikum der Sektion Journalistik. Hohe Studiendisziplin ist vielmehr das Kennzeichen einer sozialistischen Studentenspersonlichkeit überhaupt. Strikte Durchsetzung der einheitslichen Par-

teidisziplin fordert das Statut vom Genossen Studenten wie vom Genossen Wissenschaftler gleichermaßen. Zum Absolventenbild des Journalistestudenten muß aber gehören, daß er sich schon während des Studiums auch eine hohe Staatsdisziplin zu eigen macht. Er kann als künftiger Parteijournalist nur das von seinen Bespizienten im Auftrage der Partei fordern, was er theoretisch begriffen hat und in seinem eigenen Verhalten vorzuleben bereit ist.

Wenn das 13. Plenum feststellt, daß den Fragen der Gesetzlichkeit und des sozialistischen Rechts insgesamt wachsende Aufmerksamkeit geschenkt wird, dann läßt sich m. E. auch daraus ableiten, daß heute der Kampf um die Einheit, Reinheit und Geschlossenheit der Parteiorganisation vor allem als Kampf um die Einhaltung der sozialistischen Staatsdisziplin aufzufassen ist. (s. auch UZ v. 4. 4. 75, S. 1)

Pflichten und Rechte im Parteistatut

Als wichtige Bestandteile der Leninschen Normen des Parteilebens wären zu nennen die Einhaltung des demokratischen Zentralismus als dialektische Einheit von Parteidisziplin und innerparteilicher Demokratie; die Entwicklung der schöpferischen Aktivität der Mitglieder und Kandidaten; die Erfüllung der im Parteistatut festgelegten Pflichten und Rechte, aus der sich u. a. solche konkreten Anforderungen ableiten wie Erziehung zum Vorbild, keine Schädigung der Partei zulassen, Bereitschaft zu Parteaufträgen, Erziehung zur Ehrlichkeit, Unversöhnlichkeit, Wahrheitsliebe, Bescheidenheit, Selbsterziehung, der ständige Kampf um die ideologische und organisatorische Einheit der Partei; die Verwirklichung des proletarischen Internationalismus; die Einhaltung der einheitslichen, für alle gleichermaßen verbindliche Parteidisziplin; die schöpferische Gestaltung der innerparteilichen Demokratie; die unablässige Festigung der Verbindung der Partei mit dem Volk; die Entwicklung der Kollektivität der Leitung sowie die Entfaltung der Kritik und Selbstkritik. (s. auch UZ v. 4. 4. 75, S. 1)

Rechtsbewußtsein und Staatsdisziplin

Wachsenden Stellenwert erhalten auch die Normen der Staatsdisziplin. Stelle doch der VIII. Parteitag zur Festigung unserer Rechtsordnung die Aufgabe, überall im täglichen Leben die Einhaltung des sozialistischen Rechts durchzusetzen und die bewußte Disziplin zur festen Gewohnheit der Menschen zu entwickeln. Immer mehr Arbeitskollektive kämpfen im sozialistischen Wettbewerb um vorbildliche Ordnung, Disziplin und Sicherheit.

- Achtung und Liebe zu unserem Staat
- Schutz und Mehrung des sozialistischen Eigentums
- Pünktlichkeit
- Achtung der Gesetze
- Erziehung zum Rechtsbewußtsein
- würdiges Vertreten der DDR
- Erziehung zur Arbeitsdisziplin
- effektive Auslastung der gesellschaftlichen Arbeitszeit
- moralische Verpflichtung für Verbesserung der eigenen Leistungen
- sozialistische Moral.

Der kategorische Imperativ für den Genossen kann auch bei der Erziehung zur sozialistischen Staatsdisziplin nur lauten: Die Kommunisten können von den anderen Werktätigen nur das fordern, was sie selbst in vorbildlicher Weise vorzuleben bereit sind. Ausgehend von der Leninschen Erkenntnis, daß die Bedingungen für eine revolutionäre Disziplin nicht auf einmal entstehen, daß sie „nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrungen erarbeitet“ (Lenin) werden, sind von der Leitung der APO II der GO Journalistik vielfältige Formen für die Erziehung zu einer hohen Partei-, Staats- und Studiendisziplin erprobt worden.

Potenzen der Parteiversammlung nutzen

Die Bedeutung und Möglichkeiten der Mitgliederversammlung für die Parteierziehung sind im Statut festzumessen.

Von der Mehrzahl der Genossen wird die regelmäßige Teilnahme als selbstverständliche Parteipflicht aufgefaßt. Trotzdem ist die Abwesenheit von durchschnittlich ca. 20 Prozent zu hoch.

Bei der Auswertung der Mitglieder-Versammlungen durch die APO-Leitungen mit den Parteigruppenorganisatoren spielt dieser Tatbestand noch eine zu geringe Rolle. Dagegen hat sich m. E. die Festlegung gut bewährt — ihre ständige konsequente Durchsetzung vorausgesetzt —, daß begründete Beurlaubungen von der Mitgliederversammlung nur durch den APO-Sekretär oder seinen Stellvertreter ausgesprochen werden können. Mitglieder-Versammlungen an einer Hochschule werden schon vom Charakter her weitgehend durch regelmäßige Behandlung von Erziehungsproblemen bestimmt. Daraus erwächst für die Leitung die Verantwortung, sich nicht ständig von irrenweiligen Verleihen, Verstößen u. ä. überempfindlich zu lassen, sondern offensiv bestimmte Seiten der Partei- und Staatsdisziplin in die Mitgliederversammlungen hineinzubringen. Von Bedeutung erscheint mir dabei besonders unter jüngeren Genossen die Erziehung zu einem wohlausgewogenen Verhältnis von Kritik und Selbstkritik.

Ein Beispiel zur Illustration. In der APO II gibt es seit der neuen Wahlperiode für alle Versammlungen den ständigen Tagesordnungspunkt „Anfragen an die Leitung“. Diese bewährte Form der Information und Verbindung wurde in letzter Zeit durch die Genossen Studenten dadurch überfordert, indem nun alle — meist berechtigte — Anliegen an die ständige Leitung, die Studienverwaltung u. ä. auf diese Weise gelöst werden sollten. Durch den Einsatz einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Studienjahresverantwortlichen wurde einzelnen Genossen Studenten durch ihre Einbeziehung deutlich, daß zur Kritik auch die Bereitschaft zur Selbstkritik und zur Überwindung aufgetretener Mängel gehört.

Bei der Durchsetzung des Prinzips der Einhaltung der einheitslichen, für alle gleichermaßen verbindlichen Parteidisziplin gibt es auch in der APO II noch bestimmte Hemmnisse, obwohl die APO-Leitung allein Parteigruppen, also auch im Genossen Wissenschaftler, die gleichen Verpflichtungen auferlegt; angefangen bei Berichterstattungen vor der Leitung bis zu Protokoll und Einlä-

sen. In den Mitgliederversammlungen selbst kommt jedoch die parteiliche Selbsterziehung der Genossen Wissenschaftler noch zu kurz. Der Verfasser kennt als Parteigruppenorganisator am besten die eigenen Versäumnisse.

Sekretärgespräche finden Anklang

Seit der neuen Wahlperiode sind aus den regelmäßigen „PO-Anleitungen“ in der APO II „Sekretärgespräche mit den Parteigruppenorganisatoren“ geworden.

Diese Namensänderung soll den Akzent noch stärker auf den gegenseitigen Erfahrungsaustausch solcher Zusammenkünfte legen. Die unmittelbare Information über anstehende politisch-ideologische Probleme, die — von Unklarheiten zu Details aktuell-politischer Tagesereignisse abgesehen — meist mit Fragen der Partei- und Staats- bzw. Studiendisziplin in Berührung stehen, ermöglichen der APO-Leitung eine operative und schnelle Einwirkung auf den Erziehungsprozeß. Es spricht für die Qualität dieser Zusammenkünfte, die oft durch Argumentationen bereichert werden, daß wiederholt FDJ-Sekretäre den Wunsch nach ihrer Teilnahme an diesen Zusammenkünften äußerten. Diesem Bedürfnis könnte die APO-Leitung durch zwanglose Gespräche mit den Funktionären der Massenorganisationen entgegenkommen.

Berichterstattungen vor der Leitung

In fast jeder Tagesordnung für die Sitzungen der APO-Leitung ist der Punkt zu finden „Bericht der Parteigruppe...“. Der erzieherische Erfolg solcher durch die Teilnahme anderer PO erweiterten Leitungssitzungen ist in den meisten Fällen schon gesichert, bevor die Zusammenkunft überhaupt angefangen hat. Das beginnt bei der notwendigen Analyse, für die von der APO-Leitung mündliche oder schriftliche Vorgaben erfolgen.

Die verantwortungsbewußte Einschätzung der Situation im eigenen Bereich fördert zugleich die Befähigung besonders der noch jungen Funktionäre zu selbständiger politischer Arbeit.

Parteistatut in den Zirkeln behandeln!

Bei ständigem Umgang mit Genossen Studenten fällt auf, daß ein verhältnismäßig großer Teil nur über einzelne Seiten der Leninschen Normen des Parteilebens informiert ist. Das parteiliche Verhalten vieler junger Mitglieder resultiert vielfach mehr aus der Erfahrung und dem Vorbild anderer Genossen als aus dem bewußten Anwenden der Parteidisziplin in ihrer Gesamtheit.

Diese Tatsache mag z. T. in der irrigen Annahme begründet sein, mit einer einmaligen durchgängigen Behandlung des Parteistatuts während der Kandidatenschulung sei der notwendigen Vermittlung Genüge getan.

Aus der jüngsten Vergangenheit liegen gute Erfahrungen mit der zentralen Kandidatenschulung durch die Selektionsparteilung vor. Der hier erzielten erzieherischen wirksamen Erläuterung der Leninschen Normen durch erfahrene Genossen muß sich unbedingt nach der Aufnahme als Mitglied eine kontinuierliche Nachbereitung des Statuts anschließen. Reale Möglichkeiten sehe ich im Parteilehrjahr. Über ihren Verantwortlichen für Parteischulung kann die APO-Leitung ohne besonderen Aufwand auf diesen Aspekt hinwirken. Und im Statut steht auch nicht, daß es in den Mitgliederversammlungen nur bei Parteiverfahren zu Rate gezogen werden darf.

Bei dem hier vorerwähnten Beitrag handelt es sich um Auszüge aus einer Jahresarbeit, die in der Kreissschule Marxismus-Leninismus angefertigt wurde. UZ setzt mit der Veröffentlichung weiterer Arbeiten in den nächsten Ausgaben den Erfahrungsaustausch über Probleme der Parteiarbeit fort und ruft die Parteigruppen auf, sich an der Diskussion zu den aufgeworfenen Fragen zu beteiligen.

Zum Tag der Befreiung der Tschechoslowakei am 9. Mai 1945 Vor 30 Jahren Grundstein gelegt

Von Edgar Naumann, Sektion Geschichte

Im März 1945 fanden in Moskau Verhandlungen zwischen Vertretern der Moskauer Leitung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der Londoner Exilregierung unter E. Benes sowie des Slowakischen Nationalrates über das künftige Regierungsprogramm und über den Aufbau des neuen Staates statt. Als Ergebnis wurden ein von der KPdSch unter Leitung Klement Gottwalds ausgearbeiteter Entwurf für ein Regierungsprogramm gebildet und die Nationale Front der Tschechen und Slowaken als Bündnis aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, in dem die Kommunistische Partei einen anerkannten Faktor darstellt, gebildet.

Die Exilregierung demissionierte vor Betreten des tschechoslowakischen Territoriums und am 4. April 1945 wurde in der befreiten ostslowakischen Stadt Kosice die erste Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken unter dem Vorsitz des linken Sozialdemokraten Zdenek Fierlinger gebildet. Am 5. April wurde das Regierungsprogramm von Kosice verkündet, das die Hauptaufgaben der nationalen und demokratischen Revolution und die wichtigsten Prinzipien des Aufbaus der volkdemokratischen Republik enthielt.

Entsprechend der Aufgabenstellung im Regierungsprogramm wurden in den folgenden Wochen, unter

Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, alle Anstrengungen unternommen, um an der Seite der Sowjetunion die schnelle und völlige Niederlage Hitlerdeutschlands herbeizuführen. Am 5. Mai 1945 erhob sich die Bevölkerung von Prag gegen die faschistischen Okkupanten. Nach dem Slowakischen Nationalaufstand des Jahres 1944 war dieser Aufstand der zweite Höhepunkt des jahrelangen antifaschistischen und nationalen Befreiungskampfes, der unter Führung der KPdSch in die volksdemokratische Revolution hinüberwuchs. Am 9. Mai wurde die Hauptstadt der Tschechoslowakei, Prag, durch sowjetische Truppen befreit, die den Aufständischen aus internationalistischer Pflicht zu Hilfe eilten. Im Ergebnis der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch den heldenhafte, opferreichen Kampf der Sowjetarmee konnte die Selbständigkeit des tschechoslowakischen Staates wiederhergestellt werden.

Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse unter Führung der KPdSch bei der Befreiung der Heimat die führende nationale Kraft darstellte und der größte Teil der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee befreit wurde, ermöglichte es, daß die tschechoslowakische Republik 1945 nicht als kapitalistischer, sondern als volkdemokratischer Staat neugegründet wurde.

Der Mai 1945 bedeutete den Beginn der grundlegenden Wende in der Geschichte des tschechoslowakischen

Volkes: Im ganzen Land begannen revolutionäre Nationalausschüsse als Organ der jungen Volksmacht mit der Realisierung des Koscier Programms, welches zur Grundlagende tiefgreifender sozialer Wandlungen wurde. Entsprechend dem im Programm der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken niedergelegten Prinzipien richtete die KPdSch den Hauptinhalt ihrer Tätigkeit darauf, die im Bündnis der Nationalen Front vereinten Klassen und Schichten für den antimonopolistischen Kampf zu mobilisieren. Zu den ersten und wichtigsten Maßnahmen der jungen Volksmacht gehörten die Nationalisierung der Großbetriebe, Banken und Versicherungsgesellschaften im Herbst 1945, die der Monopolbourgeoisie nun auch die ökonomische Macht entzog. Die Verteilung des Grund und Bodens der Okkupanten und nationalen Vertriebenen in einer Bodenreform festigte das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Stets war es die tschechoslowakische Arbeiterklasse und ihre kampferprobte Partei, die für die konsequente Umgestaltung eintrat, wodurch es gelang, ihre Hegemonie in der Regierung der Nationalen Front und in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens weiter auszubauen. Durch eine kluge Bündnispolitik gewann die Arbeiterklasse wachsenden Einfluß in allen Teilen der Bevölkerung und drängte den Einfluß der noch an der Macht beteiligten Teile der Mittelbourgeoisie immer wirksamer zurück. Im Februar 1948



Die Befreiungst der Sowjetunion legte auch den Grundstein für die hohen Leistungen, die heute von den Werktätigen im LKW-Werk Koprivnice in der CSSR vollbracht werden können. In zwei Schichten rollen hier täglich 35 LKW vom Band. Foto: Zentralfoto

versuchten reaktionäre bourgeoise Kreise, die sich der sozialen Vertiefung der Revolution in den Weg stellten, mittels eines Putschversuches die Arbeiterklasse von der Macht zu verdrängen. Gegen diese verfassungswidrigen Umtriebe mobilisierte die KPdSch die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zu einer mächtvollen revolutionären Massenbewegung, wodurch die reaktionäre Bourgeoisie für immer geschlagen wurde. Die Volksdemokratie übte die Funktionen der Diktatur des Proletariats aus, der Weg zum planmäßigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der Tschechoslowakei war gebahnt.

In den zurückliegenden 30 Jahren wurde unter Führung der tschechoslowakischen Arbeiterklasse der überzeugende Beweis für die Über-

legenheit der neuen, sozialistischen Ordnung über die alte bürgerliche geführt. Das Nationaleinkommen der CSSR erhöhte sich gegenüber dem Vorkriegsniveau auf das 4,6-fache, und die Industrieproduktion stieg auf das 9,3-fache. In den vergangenen 30 Jahren entstanden über zwei Millionen Wohnungen. Die Befreiungst der Sowjetrepublik und die Errichtung der Volksmacht vor 30 Jahren schufen die Voraussetzungen für diese Entwicklung. Im Prozeß des sozialistischen Aufbaus wurde die Tschechoslowakei zu einem festen Bestandteil des sozialistischen Weltsystems. Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die in diesen Tagen ihren 30. Jahrestag feiert, ist durch feste Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft verbunden.

Chronologie

- 12. 12. 1943 Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Krieg durch die UdSSR und die tschechoslowakische Exilregierung.
- 29. 8. 1944 Ausbruch des Slowakischen Nationalaufstandes in Bansko Bystrica; Beginn der nationalen und demokratischen Revolution in der Tschechoslowakei.
- April 1945 Aufruf der KPdSch „Was tun, womit beginnen?“
- 4. 4. 1945 Bildung der ersten Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken in Kosice.
- 5. 4. 1945 Verkündung des Koscier Regierungsprogramms.
- 5. 5. 1945 Beginn des Prager Aufstandes.
- 9. 5. 1945 Befreiung Prags von den Hitlerokkupanten durch die Sowjetarmee.
- 14. 10. 1945 Wahlen zur Provisorischen Nationalversammlung.
- 24. 10. 1945 Unterzeichnung der Dekrete über die Nationalisierung der Großindustrie, der Aktienbanken und der Versicherungsgesellschaften in der CSSR.
- 28. bis 31. 3. 1946 VIII. Parteitag der KPdSch.
- 28. 5. 1946 Wahlen zur Gesetzgebenden Nationalversammlung, Wahlsieg der Kommunisten.
- 8. 6. 1946 Erste Regierung Klement Gottwald.
- 1947-48 Zweijahresplan.
- 27. bis 29. 2. 1948 Sieg der Arbeiterklasse im Kampf gegen einen Putschversuch der bourgeoisen Reaktion.
- 9. 5. 1948 K. Gottwald wird zum ersten Arbeiterpräsidenten der CSSR gewählt.
- 27. 6. 1948 Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei mit der KPdSch auf revolutionärer Grundlage.